

Die Gemeinschaftsschule – eine Schule für alle



DIE LINKE.

Vorwort an die Leserinnen und Leser

Die Bildungsdebatte in Deutschland ist in Bewegung gekommen. Nachdem mehrere internationale Bildungsstudien belegen, dass in Deutschland die Abhängigkeit der Bildungsmöglichkeiten und des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft besonders hoch ist und die Lernergebnisse mit denen anderer Staaten insgesamt nicht mithalten können, sehen fast alle politischen Kräfte Veränderungsbedarf. Auch im jüngsten Bildungsbericht der Bundesregierung und der Länder wird festgestellt, dass unser Bildungssystem in entscheidenden Punkten rückständig ist. Die Bundeskanzlerin hat daraufhin Bildungsfragen zur Chefsache erklärt. In vielen Bundesländern gibt es inzwischen Bewegung: zur Abschaffung der Hauptschule, zu mehr Integration, für eine innere Schulreform, für bessere frühkindliche Bildung, für den Ausbau von Ganztagsangeboten, für bessere berufliche Orientierung schon an der Schule. Dennoch bezweifeln wir, dass ohne eine Überwindung des gegliederten Schulsystems die bestehenden Defizite auszuräumen sind. DIE LINKE streitet gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften für eine grundlegende Bildungsreform. Dies ist für uns ein zentrales Anliegen, für das wir in Bund und Ländern wirken und Verantwortung übernehmen.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die gesellschaftliche Debatte um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems in Deutschland. Die Zustimmung zu einer Schule für alle wächst. Ein wichtiges Zeichen für ein Umdenken ist es, dass sich nicht nur Gewerkschaften, sondern auch Kreise des Unternehmertums im Interesse besseren Nachwuchses an Arbeitskräften für Entwicklungen in Richtung Gemeinschaftsschule aussprechen. Manche sehen schon in der Abschaffung der Hauptschule die Lösung. Auch wenn wir das nicht teilen, nehmen wir diese Bestrebungen als Ansatz, für die von uns und anderen gesellschaftlichen Kräften geforderte weiter gehende Reform zu werben.

Wir wollen eine Gemeinschaftsschule als Schule für alle. Dazu wollen wir mit Ihnen in die Diskussion kommen.

Dabei wissen wir, dass die Ausgangslagen in den Ländern ganz unterschiedlich sind und darum verschiedene Wege gefunden werden müssen. Sicher werden sich unsere Vorstellungen von der Gemeinschaftsschule auch künftig auf Grund neuer Erfahrungen weiterentwickeln. Doch den Beginn einer umfassenden Bildungsreform – den brauchen wir jetzt.

Unsere Gemeinschaftsschule ist eine Schule für alle Kinder

Freier und gleicher Zugang zu allen Bildungsangeboten ist heute unabdingbare Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen, für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für ihre Teilhabe am kulturellen Leben und an der Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung sowie für ihr persönliches Wohlergehen. Er muss für alle Menschen, gleich welchen Alters, und ohne Diskriminierung möglich sein. Wir wollen für alle eine Bildung, die das vielseitig entwickelte Individuum im Blick hat, das in der Gemeinschaft grundlegende Bedingungen für seine Entwicklung, aber auch Orientierung für seine Entfaltung findet. Wir wollen die Rolle und Verantwortung des Sozialstaates für die Entwicklung und Bildung der jungen Generation erhalten und verstärken. Wir wollen die Verzahnung von Sozialpolitik und Bildungspolitik mit dem Ziel, die tiefe Kluft sowohl in den Lebens- und Entwicklungsbedingungen der jungen Generation als auch in ihren Bildungsmöglichkeiten zu schließen und die erforderlichen sozialen Bedingungen für die Durchsetzung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle zu schaffen.

Davon leiten wir unsere bildungspolitischen Ziele ab:

Wir wollen, dass alle Kinder frühzeitig gemeinsam mit anderen Kindern aufwachsen, sich spielerisch in Gemeinschaft entwickeln und lernen können.

Kinder lernen von Anfang an – am besten und am liebsten gemeinsam mit anderen Kindern. Kindereinrichtungen fördern ihre Entwicklung zu Selbstständigkeit und Eigenaktivität, sozialer Verantwortung und Toleranz, zum Aufbau ihrer emotionalen und kreativen Kräfte. Beim Spracherwerb sind die ersten Lebensjahre von besonderer Bedeutung. Kindereinrichtungen sind Orte vielfältiger Bildungsprozesse. Kinder sollen hier durch ein breites Angebot von Erfahrungsmöglichkeiten wichtiges Grundlagenwissen erhalten. Darum wollen wir, dass alle Kinder vom ersten Lebensjahr an ein uneingeschränktes Recht auf einen Ganztagsplatz in einer Kindereinrichtung haben.

Wir wollen, dass möglichst alle Heranwachsenden den erfolgreichen Abschluss der zehnten Klasse erreichen und darauf aufbauend eine weiterführende allgemeine oder berufliche Bildung erwerben können.

Der Hauptschulabschluss, so der Bildungsbericht 2008, ermöglicht kaum noch einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben. Die Aus-

sichten, damit eine Lehrstelle und später eine gute Arbeit zu erhalten, sind deutlich schlechter als mit einem mittleren Schulabschluss. Darum bedeutet es eine Beschneidung von Bildungs- und Lebenschancen, wenn ein Teil der Schülerinnen und Schüler nach der vierten oder der sechsten Klasse nur noch mit dem Ziel des Hauptschulabschlusses unterrichtet wird, andere aber auf einen Realschulabschluss oder das Abitur vorbereitet werden. Auch die mangelnde Durchlässigkeit zu höheren Bildungsgängen spricht gegen eine frühzeitige Festlegung auf vermeintlich angestrebte Bildungsabschlüsse. Wir brauchen einen Perspektivenwechsel in der allgemeinbildenden Schule.

Wir wollen, dass mehr junge Leute das Abitur an der allgemeinbildenden Schule erwerben und auch über andere Wege eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen.

Die Zahl der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule oder nach einer erfolgreichen Berufsausbildung ein Studium an einer Hochschule beginnen, ist gegenüber anderen Ländern zu gering. Nicht nur der in jüngster Zeit häufig beklagte Fachkräftemangel weist auf enorme Versäumnisse hin. Gerade ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist auf das kreative Potenzial seiner Bevölkerung angewiesen, sollen soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle dauerhaft gewährleistet werden. Die allgemeinbildende Schule hat dafür eine wichtige Voraussetzung zu schaffen, dass junge Menschen sich eine hohe Bildung aneignen und die entsprechenden Abschlüsse erhalten können. Wenigstens zwei Drittel eines Jahrganges sollten eine Hochschulzugangsberechtigung erreichen.

Wir wollen, dass jeder junge Mensch die Möglichkeit hat, einen Beruf seiner Wahl zu erlernen.

Eine solide berufliche Ausbildung auf hohem Anspruchsniveau und ein vollwertiger Berufsabschluss sind nicht nur eine bessere Voraussetzung, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu erhalten, sondern sind auch eine wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben. Kompetenz und Professionalität, die ein erlernter Beruf mit sich bringt, stärken das Selbstbewusstsein des Einzelnen und sind wichtig für gesellschaftliches Engagement und Teilhabe.

Wir wollen, dass mehr junge Menschen als bisher ein Hochschulstudium beginnen und erfolgreich abschließen können.

Der Zugang zu Hochschule und Studium muss erleichtert und mehr

junge Menschen müssen angeregt werden, diesen Weg auch zu gehen. Studiengebühren sind dafür ebenso hinderlich wie andere Zugangsbeschränkungen. Darum wollen wir, dass nicht nur mehr Schülerinnen und Schülern das Abitur ermöglicht wird, sondern plädieren für einen breiteren Hochschulzugang auch für andere junge Menschen, die einen beruflichen Abschluss erworben haben.

Wir sehen es als erforderlich an, dass Menschen die Möglichkeit haben, nach Schule, Ausbildung und Studium weiter zu lernen. *Nicht nur zur Vervollständigung und Erweiterung beruflicher Kenntnisse oder zur beruflichen Neuorientierung ist Weiterbildung ein wichtiger Schlüssel. Für uns gehören allgemeine und politische Weiterbildung gleichberechtigt in das Spektrum eines demokratischen Selbstverständnisses im Interesse selbstbewusst agierender Persönlichkeiten. Darum wollen wir Angebote und Zugänge zur Weiterbildung in diesem breiten Sinne verbessern.*

Um diese Ziele zu erreichen, bedarf es eines Paradigmenwechsels in Inhalt und Struktur der Schule. DIE LINKE fordert einen Strategiewechsel in der Bildungspolitik hin zu einer Schule für alle. Wir nennen diese Schule »Gemeinschaftsschule«.

1. Länger gemeinsam lernen – worauf begründet sich unser Ansatz?

Die ersten Grundlagen für die Verwirklichung solcher Bildungsziele werden schon vor der Schule gelegt. In unserem Positionspapier »Gute Betreuungsangebote für alle Kinder – ein Beitrag zur frühkindlichen Förderung« haben wir unseren Standpunkt dazu formuliert. Der zweite und zeitlich umfangreichste Bildungsabschnitt ist die allgemeinbildende Schule. Vor allem hier werden die Weichen dafür gestellt, welche Bildungsabschlüsse junge Menschen erreichen können, welche Lebenschancen sie haben werden. Was hier versäumt wird, ist später nur schwer, für viele gar nicht mehr, auszugleichen. Gerade diesem Bildungsabschnitt aber werden im internationalen Vergleich schlechte Noten ausgestellt. Darum gilt der allgemeinbildenden Schule in Deutschland unser besonderes Augenmerk.

1.1. Was kritisieren wir am derzeitigen Bildungssystem?

Die hohe Abhängigkeit des Bildungsweges und des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft in Deutschland ist ein Skandal. In einer Zeit, in der die Verwirklichung individueller Lebensperspektiven

einen hohen Bildungsstand der Menschen voraussetzt, bedeutet diese Abhängigkeit einen Ausschluss von Lebensperspektiven für jene, die nicht über die sozialen und materiellen Bedingungen für einen erfolgreichen Bildungserwerb verfügen.

Das gegliederte Schulsystem in Deutschland hat sich als ungeeignet erwiesen, diese Misere zu überwinden. Im Gegenteil: Mit der Zuweisung von Bildungsmöglichkeiten und Bildungsgegenständen nach Maßgabe vermeintlicher Leistungsfähigkeit bereits in frühem Alter wird die starke soziale Segregation reproduziert und verstärkt. Konservative Bildungspolitik geht immer noch davon aus, dass Menschen nur so viel staatlich finanzierte Bildung zuteil werden soll, wie es für den ihnen zugewiesenen Platz in der Gesellschaft und die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt erforderlich erscheint. Diese Zuteilung von Bildung und damit von Lebenschancen kann man bis in Lehrpläne hinein verfolgen. Frühzeitige Einordnung in unterschiedliche Bildungsgänge mit unterschiedlichen Abschlusszielen, mangelhafter Förderung und vielerorts schlechten Lehr- und Lernbedingungen haben zur Folge, dass viele Kinder und Jugendliche die ihnen möglichen Bildungsabschlüsse gar nicht oder erst über Umwege erreichen, sodass ihnen viele Lebenschancen verwehrt bleiben.

Die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem ist völlig unzureichend ausgeprägt. Es gibt sie vor allem in Richtung niedrigerer Schulabschlüsse. Im Bildungsbericht der Bundesregierung 2008 wird festgestellt, dass einem »Aufstieg« fast fünfmal so viele »Abschulungen« in niedrigere Bildungsgänge gegenüber stehen. Fast ein Drittel aller Wechsel erfolgt vom Gymnasium an die Realschule, noch einmal 27 Prozent wechseln von der Realschule an die Hauptschule. Es muss darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei in der Regel nicht um die freie Bildungswegentscheidung der Betroffenen handelt. Hinzu kommt: Viele – zu viele – verlassen die Schule ganz ohne Abschluss – im Jahre 2006 erreichten fast acht Prozent nicht einmal einen Hauptschulabschluss – oder mit einem so schlechten Kompetenzniveau, dass sie keinen Ausbildungsplatz finden können. Im Gegenzug wirken die mangelhafte Ausbildungsplatzsituation und die hohe Arbeitslosigkeit demotivierend auf Lernbereitschaft in der Schule. Nicht einmal 40 Prozent der Absolventinnen und Absolventen erhalten einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Diese Situation wird inzwischen auch von der herrschenden Politik beklagt. Darum hat sie in Auswertung der vielfältigen internationalen Vergleiche und Bildungsstudien einige Reparaturversuche innerhalb des bestehenden Systems unternommen und

jüngst neue angekündigt. Wir bezweifeln nicht, dass dabei für einzelne junge Menschen Fortschritte für die Bildung realisiert werden können. Wir bezweifeln aber, dass diese Flickschusterei an einem überlebten System geeignet ist, durchgreifende Veränderungen der Bildungswirklichkeit zu realisieren. Die Hauptschule bleibt auch mit diesen Maßnahmen eine Hauptschule. Ihr Abschluss findet längst keine breite gesellschaftliche Anerkennung mehr. Die Unzulänglichkeiten an den öffentlichen Schulen des gegliederten Schulsystems spüren auch viele Eltern. Manche wenden sich darum, wenn sie es sich leisten können, vom staatlichen Schulwesen ab und schicken ihre Kinder auf private Schulen, längst nicht mehr nur an private Gymnasien. Diese Entwicklung halten wir für problematisch, ist sie doch Ausweis für die Unzulänglichkeiten des staatlichen Schulsystems. Wir betrachten das Bildungswesen als eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und wollen darum die öffentliche Schule reformieren und verbessern und sie gerechter, leistungsfähiger, kindgerechter und zeitgemäßer machen.

Manche sehen derzeit einen Ausweg in der Abschaffung der Hauptschule durch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule. Das aber bewirkt nicht, dass sich die Bildungschancen des Einzelnen verbessern. Die neue Schulform bleibt neben dem Gymnasium die Schule mit geringeren Bildungschancen. Der Hauptschulabschluss bleibt erhalten. Die sogenannte Zweigliedrigkeit bietet keine Chance zum Umsteuern in einem überlebten Bildungssystem, sondern verfestigt für Jahre, vielleicht Jahrzehnte, den Spalt zwischen gymnasialer Bildung für die einen und geringerer Bildung für den Rest. Alle negativen Befunde finden sich nämlich jetzt schon auch in Bundesländern, die seit Anfang der 90er Jahre nach diesem Modell arbeiten. Die soziale Spaltung beim Bildungszugang wird sich so nicht verringern, auch wenn die zusammengelegte Haupt- und Realschule unter dem falschen Segel der vermeintlichen Gemeinschaftsschule daherkommt.

Die jahrzehntelange Verweigerung einer Schulreformdebatte, die nicht in den Schranken der Gliederung verhaftet bleibt, ist nicht nur für die Betroffenen zu einem erheblichen Problem geworden. Sie ist zugleich ein maßgebliches Hemmnis für die erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Die Ausgrenzung eines beträchtlichen Teils von Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben, aus Arbeit, gesellschaftlicher Teilhabe und Kultur belastet mittlerweile auch die sozialen Sicherungssysteme, den Generationenvertrag und den sozialen Frieden in der Gesellschaft. Die notwendigen gesellschaftlichen

Veränderungen dürfen sich darum nicht auf Bildung beschränken, sie sind auch nicht durch eine Bildungsreform zu ersetzen. Eine Reform des Bildungssystems ist jedoch keine zweitrangige Frage, sondern ein bedeutsamer Bestandteil der Gesamtpolitik. Wir fassen sie darum als Teil unserer »Agenda sozial« auf.

1.2. Was ist unser Konzept?

Wir wollen eine Schule, die:

- alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen akzeptiert und individuell fördert, statt nach vermeintlicher Eignung und Leistungsfähigkeit zu sortieren und auszulesen.
- Verschiedenheit als normal annimmt, als Ausdruck von Vielfalt und Reichtum versteht und kreativ als Ressource zur Entwicklung sozialer Kompetenzen und für gemeinsames Lernen nutzt.
- das Lernen der Schülerinnen und Schüler als aktiven und als individuellen Prozess in den Mittelpunkt stellt und sich nicht auf ein überwiegend frontales Belehren beschränkt.

Die Idee der Gemeinschaftsschule knüpft am pädagogischen Konzept integrierter Gesamtschulen an, die ebenso Schulen für alle Kinder sind, sich aber derzeit in der übergroßen Mehrzahl den gliedernden Vorgaben der Kultusministerkonferenz unterwerfen müssen und darum ihre Potenziale nicht vollständig entwickeln können. Sie sind für uns aber ein richtiger Schritt auf dem Weg zu einer Schule für alle Kinder.

Die Umgestaltung des Schulsystems zu einer Schule, die alle Kinder und Jugendlichen aufnimmt, kann helfen, die gesellschaftliche Ausgrenzung eines großen Teils der Bevölkerung zu beenden. Eine solche Schulreform umfasst zum einen eine Reform der Inhalte schulischer Bildung und der pädagogischen Gestaltung der schulischen Arbeit, der Kultur des Lehrens und des Lernens und zum anderen eine grundlegende Umgestaltung der Strukturen des Bildungswesens insgesamt und des allgemeinbildenden Schulwesens im Besonderen. Wir wollen Schluss machen mit der Praxis, Schülerinnen und Schüler nach sogenannten Begabungstypen zu sortieren und vermeintlich geeigneten Schulformen zuzuweisen.

Die Hauptschule ist für uns, trotz aller Bemühungen von Pädagoginnen und Pädagogen, keine erstrebenswerte, weil keine zukunftsfähige Schulform. Der auf den Hauptschulabschluss orientierte Unterricht ist – gleich an welcher Schulform – für viele eine Sackgasse.

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder in ihrer Individualität gefördert und zu einem höchstmöglichen Schulabschluss geführt werden können. Dazu brauchen wir ein Schulsystem mit einer integrativen Schule für alle und einem inklusiven Bildungsansatz, eine Schule, die alle Kinder, gleich welcher Herkunft, gleich mit welchen Lernvoraussetzungen, optimal fördert. In dieser Schule wird es möglich sein, die unterschiedlichen Begabungen, Talente und Interessen der Kinder zu entdecken und zu fördern, ihnen Raum zur Entwicklung zu geben. Dafür müssen Schülerinnen und Schüler Subjekte des Lernprozesses sein.

Wir sehen im gemeinsamen Lernen mit- und voneinander, im bewussten Umgang mit der Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler eine Chance, von der Kinder mit schwächeren Lernleistungen und schlechteren Lernausgangslagen ebenso profitieren wie sogenannte leistungsstarke Kinder. Auch besondere Begabungen sind so besser zu entdecken und zielgerichteter zu fördern. Integrative Bildung ermöglicht den Erwerb sozialer Kompetenzen und auch die Chance für mehr Nachhaltigkeit des Gelernten.

2. Moderne Bildung in einer Gemeinschaftsschule ist eine Einheit von inhaltlichen Ansprüchen und einer neuen Kultur des Lehrens und Lernens.

Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine allgemeinbildende Schule, die einen modernen lebensnahen Unterricht ermöglicht. Die Gemeinschaftsschule gewährleistet eine umfassende Allgemeinbildung für alle Schülerinnen und Schüler. Allgemeinbildung umfasst alle Bereiche des menschlichen Lebens – Natur, Arbeitswelt, Wirtschaft, Politik, Sprachen, Kommunikation, Wissenschaft und Kunst, soziale und ethische Beziehungen, Sport, Freizeit und Familie. Auf der Basis von bundesweit für alle Gemeinschaftsschulen geltenden Mindeststandards für Bildungsinhalte sollen Schulen mehr Freiräume bei der Auswahl der Stoffe, für die Aufnahme zusätzlicher Bildungsinhalte und bei der Entscheidung über die Unterrichtsformen sowie außerunterrichtliche Angebote erhalten, also ihr pädagogisches Profil selbst bestimmen können. Dabei sollen die Schulen größere Entscheidungsrechte über den Einsatz von finanziellen Mitteln und Personal erhalten.

Gemeinschaftsschule ist nicht Gleichmacherei. Sie gewährleistet individuelles Lernen und altersgerechte Förderung. Jeder Mensch ist einzigartig. Jede und Jeder ist in besonderer Weise begabt.

Um alle individuellen Begabungen, Talente und Interessen entdecken und entfalten zu können, bedarf es einer individuellen Förderung und eines zielgerichteten Nachteilsausgleichs. Nachteile für die Teilhabe an Bildung können unterschiedlich begründet sein. Die konkrete soziale Situation der Familie kann dazu gehören, der Bildungshintergrund der Eltern, ein möglicher Migrationshintergrund einer Familie, aber auch Behinderungen und Beeinträchtigungen unterschiedlicher Art.

Sogar nicht erkannte Hochbegabungen können den Zugang zu Bildung einschränken. In der Schule in Deutschland wird solchen individuellen Dispositionen oder sozialen Voraussetzungen in der Regel durch die Ausgliederung in getrennte, scheinbar begabungsgerechte Schulformen begegnet.

Damit aber verfestigen und verstetigen sich Nachteile mit dem Ergebnis schlechterer Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Wir setzen dem eine zielgerichtete individuelle Förderung ohne Einschränkungen entgegen. Das hilft den Starken und den Schwachen.

Gemeinsam lernt man besser. In der Gemeinschaftsschule sollen die Vorteile heterogener Lerngruppen für das Lernen erschlossen werden. Darum haben kooperative Lern- und Arbeitsformen in einer Gemeinschaftsschule für uns ebenso ihre Berechtigung wie das Lernen nach individuellen Plänen. In der Gemeinschaftsschule wird in verschiedenen, gleichberechtigt nebeneinander stehenden Arbeitsformen gelernt. Das können zum Beispiel Frontaleinheiten, Kleingruppenarbeit, Einzelarbeit, Projektarbeit und anderes sein. Methoden, die forschendes und entdeckendes Lernen befördern, und jahrgangsübergreifendes Arbeiten werden sich für alle Schülerinnen und Schüler als Vorteil erweisen.

Gleichzeitig verbessert sich so das Schulklima und die Freude an der schulischen Arbeit für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Schülerinnen und Schüler. Die Arbeit in der Gemeinschaftsschule wird sich immer mehr vom 45-Minuten-Takt entfernen. Eine Rhythmisierung des Lernens bietet mehr Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, ihr eigenes Tempo zu finden und darum erfolgreicher zu sein. Lehrerinnen und Lehrer sind nicht mehr schlicht Unterrichtsgeber, sondern im besten Sinne des Wortes Lernbegleiter.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Schule gemeinschaftlicher Bildungs- und Erziehungsarbeit. Unterricht, weiterführende Angebote im Wahlpflichtbereich und in attraktiven Arbeitsgemeinschaften, Schulsozialarbeit und schulpsychologische Angebote

sollen den Rahmen für erfolgreiches Lernen schaffen. Um die Bildungsarbeit intensiver zu gestalten, schlagen wir vor, zusätzlich speziell ausgebildetes pädagogisches Fachpersonal neben Lehrerinnen und Lehrern in der Schule einzusetzen. Individuelle Hilfen im Unterricht und zeitweise Arbeit in kleinen Lerngruppen werden so ermöglicht.

Der Erfolg der Bildungsarbeit soll künftig am Erreichen von Kompetenzen und nicht an abfragbarem, nur für die Prüfung gelerntem Faktenwissen gemessen werden.

Die Gemeinschaftsschule ist eine sozial engagierte Schule. Hier schaut man nicht weg, wenn Schülerinnen und Schüler in ihrem persönlichen und häuslichen Umfeld Probleme haben. Hier wird Solidarität untereinander entwickelt und sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen werden angeboten.

Die Gemeinschaftsschule verfolgt einen inklusiven Ansatz. Sie integriert Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen sowie Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Alle sollen nach Maßgabe ihrer individuellen Entwicklungsmöglichkeiten gefördert werden. Dafür müssen die notwendigen sächlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Barrierefreiheit gehört unbedingt dazu. Schulen für Lernbehinderte sollen künftig der Vergangenheit angehören.

Für das Lernen in flexiblen Lerngruppen bedarf es eines angemessenen Einsatzes von Fachlehrerinnen und Fachlehrern sowie von Fachkräften für die Schulsozialarbeit, die schulpsychologische und sonderpädagogische Betreuung. Dort, wo in Klassen gearbeitet wird, sollten die Klassengrößen 25 Schülerinnen und Schüler, in der Primarstufe 20, nicht überschreiten.

Mindestens in der Primarstufe sollte nicht nur aus sozialen Gründen ein vollwertiges kostenloses Mittagessen für alle Kinder vorgehalten werden. Schulen sollen allen Schülerinnen und Schülern zum Beispiel die Nutzung von Schulbibliotheken und Computern auch am Nachmittag ermöglichen. Das erfordert aber auch, dass die örtlichen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Schülerbeförderung, so gestaltet werden, dass dies auch möglich ist.

Natürlich müssen die Unterstützungssysteme für Schülerinnen und Schüler, deren Lernvoraussetzungen ungünstiger sind, über den gesamten Zeitraum der allgemeinbildenden Schule entwickelt werden. Ein Abschieben von Lernenden in andere Schulformen wird es nicht mehr geben. Es wird den Gemeinschaftsschulen ebenso fremd sein wie das Sitzenbleiben.

3. Die Gemeinschaftsschule soll eine Ganztagschule sein.

Schülerinnen und Schüler wollen sich in kulturellen, sozialen, politischen, künstlerischen und sportlichen Initiativen und Projekten engagieren und auch dort ihre Begabungen entwickeln zu können. Die ganztägige Gemeinschaftsschule öffnet sich dem regionalen Umfeld, der Stadt oder dem Stadtteil. Eine gute Schule pflegt zahlreiche Verbindungen zu Vereinen, Verbänden, nutzt kulturelle Angebote der Region und bereichert damit das schulische Profil. Sie nutzt diese Angebote für ein interessantes Schulleben und gibt ihren Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit, mit eigenen Ideen im Umfeld der Schule für die Gesellschaft aktiv zu werden. Ganztagsangebote sollten in gebundener Form mit einem rhythmisierten Schulalltag vorgehalten werden. Über ihre schrittweise Einführung sollen die Schulen unter Beachtung des Bedarfs und der kulturellen Entwicklung in der jeweiligen Region selbst entscheiden.

4. Demokratische Prinzipien prägen die Arbeit in der Gemeinschaftsschule.

Die Gemeinschaftsschule ist eine demokratische Schule. Das prägt ihren Inhalt, die Allgemeinbildung und ihre innere Organisation. Schülerinnen und Schüler sollen das notwendige Wissen erwerben, Demokratie erleben, selbst gestalten, demokratisches Handeln erlernen können. Sie brauchen Rechte und Möglichkeiten des Mitgestaltens und Mitentscheidens, was sich durch ein aktiv mitgestaltetes schulisches Leben realisieren lässt. So können Werte und Regeln des demokratischen Zusammenlebens, Verantwortung für eigenes Tun und die Gemeinschaft ausgebildet werden. So erfahren Schülerinnen und Schüler nicht nur Grenzen, sondern auch, dass durch gemeinsames Handeln Grenzen überwunden werden können.

Die Schulverfassungen sollen demokratischer werden. Alle, die an Schule beteiligt sind, sollen mitreden können. Wir wollen eine Schule, in der die Schulkonferenzen drittelparitätisch zusammengesetzt sind. Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern sollen gleichberechtigt die Gestaltung der schulischen Arbeit bestimmen und nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten mitwirken können.

Schülervertretungen sollen sich mit allen die Schülerinnen und Schüler interessierenden Fragen befassen können. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler über die Auswahl von Stoffen und Themen, über Arbeitsformen und Unterrichts-

gestaltung sowie über die Auswahl weiterer schulischer Angebote mitentscheiden können.

Eltern sind bei der erfolgreichen Gestaltung schulischer Arbeit wichtige Partner. Der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule soll darum große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Mitwirkung der Eltern bei der Qualifizierung schulischer Angebote ist ausdrücklich erwünscht.

Mitspracherechte sollen darüber hinaus alle an der Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte haben. Auch das technische Personal soll sich einbringen können.

5. Veränderungen in der Schulstruktur, in den Bildungswegen und Abschlüssen sind nötig.

Ein integratives Bildungssystem kann nicht in Konkurrenz zu einem gegliederten System entstehen. Die von uns angestrebte Gemeinschaftsschule soll kein Schultyp neben anderen werden, sondern flächendeckend die »Eine Schule für Alle«.

Die neue Gemeinschaftsschule umfasst die Primarstufe (1–4 oder 6), die Sekundarstufe I (5 oder 7–10) und die Sekundarstufe II (11–12 oder 13). Mindestens bis zum mittleren Schulabschluss sollen alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam lernen.

Wir wollen ein möglichst wohnortnahes Schulangebot sichern, kurze Wege für kurze Beine gilt für uns in der Primarstufe in besonderem Maße. Darum sollen Grundschulen möglichst wohnortnah angeboten werden. Wir plädieren für Kontinuität in der Bildung von Klassenstufe 1 bis 10. Wo immer es möglich ist, sollen Primar- und Sekundarstufe in einer Schule nicht nur räumlich, sondern auch organisatorisch zusammengeführt werden. Mindestens aber sollen Grundschulen mit den Schulen der Sekundarstufe I eng zusammenarbeiten.

In der Gemeinschaftsschule werden die Schülerinnen und Schüler nicht in abschlussorientierte Klassen oder Lerngruppen sortiert. Einen besonderen Hauptschulbildungsgang oder entsprechende Kurse wird es also nicht mehr geben, aber auch keine frühzeitige Trennung in einen besonderen Bildungsgang zum Abitur. Die Gemeinschaftsschule ermöglicht alle schulischen Abschlüsse, auch das Abitur. Die Vollzeitschulpflicht beträgt zehn Jahre.

In der Regel am Ende der zehnten Klasse wird ein solider Schulabschluss erreicht. In der Bundesrepublik heißt dieser Abschluss heute meist Realschulabschluss oder Mittlere Reife. Er ermöglicht den Zugang zu allen beruflichen Bildungsgängen. Nach diesem »Mittleren Abschluss« kann eine zwei- bis vierjährige, dem individuellen Leistungsvermögen und der Lerngeschwindigkeit der

Schülerinnen und Schüler angepasste, Schulphase bis zum Abitur an der Gemeinschaftsschule folgen. Darüber hinaus sind andere Wege zum Abitur möglich.

Generell bedarf es mit der Errichtung von Gemeinschaftsschulen als flächendeckender Schulform einer Neubestimmung der inhaltlichen Anforderungen an die Hochschulreife. Wir setzen uns dafür ein, dass im Anschluss an die Klasse zehnte der Gemeinschaftsschule mehr doppelqualifizierende Bildungsgänge als gleichberechtigter Weg zum Erwerb der Hochschulreife angeboten werden. Es entspricht den Anforderungen an das Bildungsniveau in vielen modernen Berufen, dass anspruchsvolle berufliche Ausbildung mit einer hohen Allgemeinbildung verbunden ist. Die Berufsausbildung mit Abitur ist darum nicht nur ein Beitrag zu mehr Durchlässigkeit im Bildungswesen, sondern auch ein Gebot der Zeit.

6. Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?

Auf Grund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland haben sich in allen Ländern besondere Strukturen in der Bildungslandschaft entwickelt. Die zahlreichen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz schaffen zu wenig Vergleichbarkeit, aber sie zementieren den Grundsatz der Gliederung und bilden insgesamt ein zu enges Korsett für eine durchgreifende Bildungsreform. Für eine grundlegende Bildungsreform im Bereich der allgemeinen Schulbildung müssen darum einengende Bestimmungen der Kultusministerkonferenz aufgehoben werden. Dazu zählt die zwangsweise Gliederung in unterschiedliche Leistungsniveaus und ihre Ausrichtung auf unterschiedliche Abschlüsse. Ein vielerorts eingefordertes bundesweites Bildungsrahmengesetz kann diese Mängel heilen, wenn es auf gliedernde Vorgaben verzichtet und auf der Grundlage einheitlicher Bildungsziele vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten für die Schulen eröffnet. Wir halten ein stärkeres Engagement des Bundes für einen Übergang zu einer Gemeinschaftsschule in allen Bundesländern für erforderlich. Darum fordert DIE LINKE, Bildungspolitik zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zu machen und das Kooperationsverbot der Föderalismusreform zurückzunehmen, weil es sich als untauglich erwiesen hat. Gleichwohl ist derzeit die Bereitschaft zu solcher Verantwortungsübernahme weder beim Bund noch bei den Ländern vorhanden.

Aus diesem Grunde können die Wege zu einer neuen Gemeinschaftsschule in den Bundesländern verschieden sein. Wir halten jedoch das sogenannte Zwei-Säulen-Modell aus zusammengelegter Haupt- und Realschule und dem Gymnasium nicht für einen

geeigneten Weg, weil es die Gliederung des Schulsystems erneut festschreibt. Derzeit vorliegende Konzepte, die wir unterstützen, zielen auf die Stärkung von Gesamtschulen oder die flächendeckende Einführung neuer gemeinschaftlicher Schulformen, sie verfolgen Schritte der Öffnung hin zu längerem gemeinsamen Lernen über die Öffnung und Umgestaltung der bestehenden Schulen oder auch die Errichtung von Pilotschulen, die schon nach dem neuen Konzept arbeiten. DIE LINKE befördert alle Wege, die in absehbarer Zukunft die neue Gemeinschaftsschule in ganz Deutschland möglich machen.

7. Wir wollen Priorität für Bildung: Das Geld sinnvoll nutzen!

Es pfeifen seit langem die Spatzen von allen Dächern, dass in Deutschland mehr Geld der öffentlichen Hand für Bildung aufgebracht werden muss. Nach wie vor liegt der Anteil öffentlicher Aufwendungen in die Bildung gemessen am Bruttoinlandsprodukt unterhalb des OECD-Durchschnittes. Das kann in einem so reichen Land nicht länger hingenommen werden. Es kommt also darauf an, die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass mehr Geld als bisher in die Bildung fließen kann. Die Aussage, Bildung sei eine Investition in die Zukunft, darf nicht als gefälliger Slogan über die konkreten Finanzierungserfordernisse hinwegtäuschen.

Zudem ist das gegliederte Schulwesen nicht billiger als die Gemeinschaftsschule, es ist in der gesellschaftlichen Gesamtrechnung sogar viel teurer. Die Umgestaltung der Schulstruktur in eine Gemeinschaftsschule dient darum auch dem Ziel, die Mittel für das öffentliche Schulwesen, die durch die Länder und die Kommunen aufgebracht werden, mit größtmöglichem Nutzen für alle einzusetzen. Wir gehen zum Beispiel davon aus, dass mit einer Gemeinschaftsschule ein dichteres Schulnetz als mit dem gegliederten Schulwesen vorgehalten werden kann. Kurzfristig sollen durch zurückgehende Schülerzahlen frei werdende Mittel genutzt werden, um die Bedingungen für Bildung weiter zu verbessern. Dazu gehören für uns sanierte Schulgebäude, eine angemessene bauliche Ausstattung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, ausreichendes Lehrpersonal und zusätzliches pädagogisches Personal zur Begleitung der Bildungs- und Erziehungsarbeit. Insbesondere angesichts der Altersstruktur bei Lehrerinnen und Lehrern ist es erforderlich, entschieden mehr Lehrerinnen und Lehrer auszubilden als das derzeit der Fall ist.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass alle Schülerinnen und Schüler materielle Bedingungen für einen gleichen Zugang zu Bildung haben müssen. Darum plädieren wir für die kostenlose Bereitstellung von Lehrbüchern und anderen Lehrmaterialien sowie eine kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Wir wissen, dass die öffentlichen Haushalte durch die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierungen seit vielen Jahren stark belastet worden sind und Haushaltsspielräume stark eingeschränkt wurden. Aus diesem Grunde können auch bei gutem Willen der Verantwortlichen in Parlamenten und Verwaltungen nicht alle diese Forderungen auf einen Schlag umgesetzt werden. Darum brauchen wir einen Bildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Wir sind dennoch dafür, jetzt mit der Umgestaltung des Schulwesens zu längerem gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschulen – gleich wie sie in den Ländern jeweils genannt werden und welche konkreten Wege gegangen werden sollen – zu beginnen. Wir stehen dafür, bei Haushaltsentscheidungen den Fragen der Bildungsfinanzierung durch die öffentlichen Hand Priorität einzuräumen und der weiteren Privatisierung von Bildungskosten entgegenzuwirken.

Insgesamt sind wir sicher, dass sich die von uns angestrebten Veränderungen in der Schullandschaft in der gesellschaftlichen Gesamtrechnung auszahlen.

8. Die Aus- und Weiterbildung der Pädagoginnen und Pädagogen muss verändert werden.

DIE LINKE hält es für erforderlich, die pädagogische Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer, aller Erzieherinnen und Erzieher sowie anderer pädagogischer Fachkräfte zu reformieren. Die jüngst in Gang gesetzte Umstrukturierung in Bachelor- und Masterstudiengänge wird den Erfordernissen in keiner Weise gerecht. Es kann nicht länger sein, dass angehende Lehrerinnen und Lehrer während ihres Studiums kaum schulpraktische Erfahrungen sammeln können. Die Aufteilung in Fachausbildung auf der einen Seite und pädagogischer Praxis auf der anderen Seite, die zudem noch hauptsächlich in die zweite Phase der Lehrerausbildung verschoben wird, wird dem Anspruch an den Beruf nicht gerecht. Der Beruf der Lehrerin und des Lehrers stellt sehr komplexe Anforderungen an fachliches Wissen und pädagogisches und methodisches Können. Das muss sich in der Ausbildung widerspiegeln. Wir wollen eine Ausbildung, die in

allen ihren Bestandteilen von Anfang an und während des gesamten Studiums auf den zukünftigen pädagogischen Beruf ausgerichtet ist. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher brauchen ebenso solide psychologische wie sozialpädagogische Kenntnisse. Um besser lehren zu können, brauchen sie diagnostische Fähigkeiten und Grundkenntnisse über sonderpädagogische Arbeit. Das erfordert eine Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung hinweg.

Eine Gemeinschaftsschule benötigt keine »Zweiklassengesellschaft« im Lehrerberuf, sondern eine gemeinsame Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen, für die Primarstufe und die Sekundarstufen.

Es kann auch nicht angehen, dass Absolventinnen und Absolventen nach der ersten Staatsprüfung keine Referendarstelle erhalten. Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Lehrerausbildung haben. Diese soll sich zeitnah an das Studium anschließen. Gemeinschaftsschulen erfordern eine qualifizierte Fortbildung der Pädagogen in der Schule und den Erfahrungsaustausch zwischen ihnen. Kooperationen mit lehrerbildenden Einrichtungen machen eine wissenschaftliche Begleitung möglich. Für die gezielte Fort- und Weiterbildung sind besondere Fonds zur Verfügung zu stellen.

Eine umfassende Bildungsreform nicht weiter verschieben!

Eine umfassende Bildungsreform in Inhalt und Form darf nicht länger aufgeschoben werden. Den Preis für die jahrelange Reformverweigerung zahlen Schülerinnen und Schüler. Eine Schulreform, die zu besserer Bildung und zu mehr höheren Bildungsabschlüssen führt, ist eine Voraussetzung für bessere Berufs- und Lebenschancen junger Menschen, gerade mit dem Blick auf Europa. Der Übergang zu längerem gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle Kinder entspricht sowohl moderner pädagogischer Forschung als auch den positiven Erfahrungen vieler europäischer Länder. Eine solche Schulreform erfordert darum, den Blick über den engen bundesdeutschen Tellerrand hinaus zu weiten. Die übergroße Mehrzahl der Länder Europas ermöglicht – bei aller Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme – Schülerinnen und Schülern ein längeres gemeinsames Lernen

bis zum 14., 15. oder 16. Lebensjahr. Ebenso lohnt es sich, die Erfahrungen der Polytechnischen Oberschule in der DDR neu und kritisch aufzuarbeiten. Nicht zuletzt gilt es, die Erfahrungen der Gesamtschulentwicklung in der Bundesrepublik gründlich auszuwerten und zu nutzen.

Gemeinschaftsschulen müssen nicht erprobt werden. In Gesamtschulen, insbesondere in jenen, die sich die nötigen Freiräume erkämpft haben, in Finnland und in anderen europäischen Ländern, gibt es längst solche Erfahrungen. Selbst in Deutschland erhalten jene Schulen die Schulpreise, die sich in ihrem Schulalltag von integrativen Ansätzen leiten lassen. Es gibt also keinen Grund zur Skepsis außer jenem, dass mit einem solchen Schritt Bildungsprivilegien abgebaut, ja gebrochen werden. Das aber wollen wir.

Deshalb brauchen wir eine umfassende demokratische Bildungsreform – jetzt!

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name

Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift



Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Parteivorstand der Partei DIE LINKE /
der Landesverband der Partei DIE LINKE _____
bis auf Widerruf berechtigt,
meinen ab _____
fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE
in Höhe von _____ Euro und
meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai
in Höhe von _____ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Name, Vorname des Mitglieds _____

Geburtsdatum _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Landesverband _____

Gebietsverband _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort und Datum _____

Unterschrift des Mitglieds _____

Bitte bei der zuständigen Gliederung abgeben oder einsenden an:
Parteiivorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Impressum

Parteivorstand der Partei DIE LINKE

AG Bildungspolitik

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

E-Mail: parteiivorstand@die-linke.de

V.i.S.d.P. Rosemarie Hein

Stand: Oktober 2008

Gedruckt auf profimatt, umweltfreundlichem Bilderdruckpapier
aus forstzertifizierter Herstellung.

Titelfoto: [iStockphoto.com/vgajic](https://www.iStockphoto.com/vgajic) Rücktitelfoto: [iStockphoto.com/ManoAfrica](https://www.iStockphoto.com/ManoAfrica)

www.die-linke.de



Überreicht durch:

L

J